



Elternbrief 3/2014 des LER-Sprechers zu Politiker an Schulen

Eltern wünschen keinen Wahlkampf an Schulen!

Liebe Eltern,

es gab in der Vergangenheit nur wenige Schulen im Land, die im Wahlkampf Veranstaltungen mit Politikern durchgeführt haben. Teilweise waren es gut besuchte, ausgewogene und sachliche Podiumsdiskussionen. Es gibt aber auch Berichte von Elternvertretern, dass Profis aus der Politik unter dem Vorwand eines Sachthemas parteipolitisch geworben haben.

In der Zukunft könnten diese Veranstaltungen zunehmen, denn das Wahlalter wurde auf 16 Jahre gesenkt.

Die Fraktionen im Landtag haben aus diesem Grund gefordert, dass sie wieder Zutritt an Schulen erhalten.

Die Elterngremien fordern jedoch eine Beibehaltung des Besuchsverbots für Politiker an Schulen während des Wahlkampfs. Politische Bildung muss einen hohen Stellenwert im Unterricht haben. Allerdings ist das Misstrauen groß, dass professionelle Politiker ihre demagogischen Fähigkeiten missbrauchen, um Wahlwerbung für ihre Partei machen, anstatt ihrem Auftrag nachzukommen, an der politischen Willensbildung mitzuwirken.

Die seit 2010 geltende 6-Wochenfrist verhinderte, dass in der heißen Phase des Wahlkampfs parteipolitische Werbung an Stelle von politischer Bildung tritt. Auch wenn eine relevante Minderheit im LER den einzelnen Schulen Ausnahmeregelungen zugestehen möchte, so gibt es doch einen breiten Konsens in der Elternschaft, dass die 6-Wochenfrist zum Besuchsverbot für Politiker grundsätzlich bestehen bleiben soll.

Wenn das Ministerium nun diese Frist abschafft und den Schulkonferenzen die Entscheidung überlässt, schulbezogene Fristen festzulegen, ist die Schwelle für Missbrauch aus Sicht der Elterngremien zu niedrig gesetzt. Ein nachvollziehbarer Kompromiss wäre es gewesen, die Frist beizubehalten und den Schulen die Möglichkeit zu geben, Ausnahmeregelungen zu schaffen. Dass im Übrigen ausgerechnet ein Schulleiter die Abschaffung des Besuchsverbots initiiert hat, der selber Landtagskandidat ist, hat das Vertrauen in die Politik nicht gerade gestärkt.

Diskutieren Sie das Thema an Ihren Schulen, in Elternversammlungen und Elternkonferenzen! Setzen Sie gegebenenfalls über die Schulkonferenz entsprechende Fristen, in denen keine Veranstaltungen mit Parteipolitikern durchgeführt werden. Wahlkampfbezogene Veranstaltungen sollten nur mit Zustimmung und Beteiligung der Elternschaft durchgeführt werden.

Ihr Wolfgang Seelbach, Sprecher Landesrat der Eltern Brandenburg, März 2014

[Hintergrundinformationen zum Thema](#)